

Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/032(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 25.09.2012	Altes Rathaus, 3. Etage, Alemannzimmer	17:05 Uhr	18:17 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.12
- 4 Beschlussvorlagen
- 5 Anträge
- 6 Informationen
- 6.1 I0193/2012 - Terminplanung 2013
- 7 Verschiedenes
- 8 Prüfberichte des RPA
- 8.1 Umsetzung der Verträge zwischen der LHM und der MVGM,
hier: Getec-Arena (Bördelandhalle) PB024/2011
- 8.2 Dienstfahrten im Dez. VI PB007/2012
- 8.3 Rahmenverträge für Zeitvertragsarbeiten Bauunterhaltung PB012/2012

Anwesend:

Vorsitzender

Schoenberger, Hilmar

Mitglieder des Gremiums

Meyer, Steffi

Rösler, Jens

Häusler, Gerhard

Bork, Jana

Vertreter

Reppin, Bernd

Vertretung für SR Kraatz

Beratende Mitglieder

Schuster, Hans-Jörg

Sachkundige Einwohner/innen

Frömert, Regina

Geschäftsführung

Köhls, Henriette

Gäste/Verwaltung:

Fr. Schlegel

Amt 14

Fr. Lingner

Amt 14

Fr. Sude

Amt 14

Fr. Lärm

FB 40

Fr. Richter

FB 40

Hr. Dr. Scheidemann

Bg VI

Hr. Schlenker

EB KGm

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, SR Schoenberger, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Sitzung mit vier beschlussfähigen Mitgliedern festgestellt. Im Laufe der Sitzung erhöht sich die Beschlussfähigkeit auf sechs beschlussfähige Mitglieder.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.12

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung wird von den Ausschussmitgliedern genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 3 / 0 / 1

4. Beschlussvorlagen

keine

5. Anträge

keine

6. Informationen

6.1. I0193/2012 - Terminplanung 2013

Folgende Termine für die Sitzungen im Jahr 2013 werden festgelegt:

29.01.13	26.02.13	26.03.13	30.04.13	28.05.13
25.06.13	27.08.13	24.09.13	29.10.13	26.11.13

Die Termine sind jeweils die letzten Dienstage der Monate und entsprechen der bisherigen Wahl der Termine. Beginn der Beratungen ist wieder jeweils 17:00 Uhr. Ort der Sitzung ist das Alemannzimmer im Alten Rathaus.

7. Verschiedenes

Information zur nächsten Ausschusssitzung am 30.10.12:

Für die Sitzung sind vier Drucksachen über die Jahresabschlüsse 2011 der Eigenbetriebe Theater, Puppentheater, Konservatorium Georg-Philipp-Telemann und Kommunales Gebäudemanagement vorgesehen. Diese wurden bereits alle vom OB genehmigt und sind im mandatos und Ratsinfo einsehbar.

Die Beratung hierzu am 30.10.12 wird im Hansesaal stattfinden.

8. Prüfberichte des RPA

8.1. Umsetzung der Verträge zwischen der LHM und der MVGM, PB024/2011
hier: Getec-Arena (Bördelandhalle)

Fr. Schlegel gibt Hinweise zur Prüfung und den getroffenen Prüffeststellungen sowie zur vorliegenden Stellungnahme des FB 40. Die Prüfung wurde von Fr. Bode durchgeführt, welche mittlerweile nicht mehr im Amt 14 tätig ist.

Fr. Richter informiert:

- seit 2007 ist FB 40 zuständig, davor EB KGm
- Eine Versicherung existiert nicht, da die MVGM nur Vermieter, aber nicht Veranstalter ist.
- Für die Instandsetzung wendet die MVGM jährlich min. 25 TEUR auf, meist mehr.
- Im Okt./Nov. finden Vertragsverhandlungen mit der MVGM statt bzgl. Miethöhe und Versicherung. Z. Zt. setzt sich die Miete aus Grundmiete, Grundsteuer, Versicherung zusammen.
- Die Haftpflichtversicherung für die Bördelandhalle liegt vor (MVGM), die Gebäude und Feuerversicherung wird von der LHM übernommen.
- Ein Grundsteuerbescheid des Finanzamtes liegt nicht vor.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Anpassung der Verträge notwendig ist.

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit der Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Fr. Schlegel gibt Hinweise zur Prüfung und den getroffenen Prüffeststellungen sowie zur vorliegenden Stellungnahme des Dezernates VI.

Folgende Schwerpunkte werden mit BG VI und Amt 14 besprochen:

- Definition „erhebliches betriebliches Interesse“ lt. BRKG
- Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben, dadurch gesteigertes Interesse
- Definition „Dienst-PkW“: PkW aber auch Kleinbusse
- Auslastung der Dienst-PkW und Zustand
- die 18 Dienst-Pkw werden für reine Kontrolltätigkeit genutzt (Streckenwärter...)
- Möglichkeit des Leasing
- z. Zt. Überprüfung Fuhrpark durch FB 01

Die Anzahl der Dienst-Pkw wird als akzeptabel bewertet. Abzuwarten ist die Überprüfung durch den FB 01 und die Vorlage der Ergebnisse.

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit der Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Fr. Lingner gibt Hinweise zur Prüfung und den getroffenen Prüffeststellungen. Die Prüfung wurde durch die Prüferinnen Fr. Lingner und Fr. Sude durchgeführt und beinhaltete die im Jahr 2011 beauftragten und abgerechneten Bauunterhaltungsleistungen aus den Jahreszeitverträgen (Rahmenverträgen) der Gewerke Bauhaupt, Tischlerarbeiten, Maler- und Lackierarbeiten sowie Heizungsanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen.

Zur Vergabe der Leistungen wurde angemerkt, dass die bisher praktizierte Vergabe der Leistungen als Beschränkte Vergabe im Rahmen der zu diesem Zeitpunkt gültigen Ausnahmeregelungen korrekt erfolgte, zukünftig jedoch eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen ist.

Ein Schwerpunkt bildete die Prüfung der Umsetzung der internen Arbeitsanweisung des EB KGm zum Umgang mit Zeitverträgen nach Standardleistungsbuch vom 12.07.2011 sowie die Einhaltung der Vorgabe, dass die abgerechneten Leistungen mindestens zu 80 % durch Positionen des Standardleistungsverzeichnisses nach STLB-BauZ belegt sein müssen.

Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass bei der überwiegenden Zahl der Rechnungen der Leistungsanteil nach STLB-BauZ weniger als 80% betrug. Neben den in den Standardleistungsbüchern STLB-BauZ definierten Leistungen werden regelmäßig zusätzliche Leistungen abgerechnet. Während das im Wettbewerb entstandene Abgebot sich nur auf die im STLB-BauZ beschriebenen Leistungen bezieht, unterliegen diese immer wiederkehrenden zusätzlichen Leistungen der freien Preisbildung.

Ein weiteres Problem liegt nämlich darin, dass die von den Firmen angebotenen Abgebote zum Teil unverhältnismäßig hoch sind und die Firmen gezwungen sind auf andere Art und Weise, z. B. durch die Abrechnung zusätzlicher Leistungen (z. B. bei Malerarbeiten Abklebe- und Gerüstarbeiten) eine Auskömmlichkeit in der Auftragsabwicklung zu erzielen.

Der Umgang mit den Leistungsbeschreibungen aus den STLB-BauZ gestaltet sich tatsächlich oft sehr schwierig, da die darin beschriebenen Leistungen der Besonderheit einzelner Maßnahmen ungenügend gerecht werden oder unterschiedlich ausgelegt werden. Des Weiteren werden nicht alle Leistungen, die für die Bauunterhaltung und -instandsetzung erforderlich sind im STLB-BauZ abgebildet. Dennoch sollen Zusatzleistungen nur in geringem Umfang anfallen. Bereits bei der Angebotskontrolle sollte kritischer überprüft werden, ob die angebotenen Zusatzleistungen oder Pauschalleistungen durch das STLB-BauZ beschrieben sind und wenn nicht sollten zu diesen nicht abgebildeten aber regelmäßig wiederkehrenden Leistungen im Rahmen zukünftiger Ausschreibungen Preisabfragen erfolgen.

Folgende Prüffeststellungen werden durch die Ausschussmitglieder zur Diskussion gestellt und durch Hr. Schlenker beantwortet:

- Es gibt verschiedene Gründe, warum nicht der günstigste Bieter den Zuschlag erhält (Rufbereitschaft der Firmen, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit...), oft werden hier Erfahrungswerte herangezogen.
- Abgebotspraxis
- nächstes Jahr andere Vergabeform: 1 Firma für 1 Gewerk
- Problematik bei der Erfassung von Rechnungen liegt bei der Schnittstelle im System. Der Administrator und KID suchen hier nach einer Lösung.
- Aufsplittung Verträge in Einzelleistungen, um die Wertgrenzen zu unterschreiten

Die Problematik mit den o. g. Zusatzleistungen wird zur Befassung in den Vergabeausschuss gegeben.

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit der Stellungnahme der Verwaltung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hilmar Schoenberger
Vorsitzender

Henriette Köhls
Schriftführerin